

„Jede Stimme zählt, aber nicht gleich viel“ – Die US-Präsidentschafts- wahlen 2012

Von Henriette Rytz

Barack Obama mit seiner Familie am Abend der Wiederwahl, 7. November 2012

Abbildung: picture alliance/Fotograf: Olivier Douliery

Mitt Romney gesteht seine Niederlage ein, Boston, 7. November 2011. Foto: picture alliance/Fotograf: Lionel Hahn

Am 6. November 2012 wurde Barack Obama für eine zweite Amtszeit als Präsident der Vereinigten Staaten gewählt. Er konnte gut 50 Prozent der abgegebenen Stimmen für sich verbuchen. Sein republikanischer Herausforderer Mitt Romney erhielt knapp 48 Prozent.¹ Ausschlaggebend für die Wiederwahl von Präsident Obama ist jedoch nicht die Gesamtzahl der für ihn abgegebenen Stimmen, sondern seine Mehrheit im *Electoral College*, dem sogenannten Wahlmänner- und Wahlfrauengremium. Dieses Gremium setzt sich zusammen aus Delegierten aller fünfzig US-Bundesstaaten und dem *District of Columbia*, in dem die Hauptstadt Washington liegt und der kein eigener Bundesstaat ist.

Alle *Electoral-College*-Stimmen eines Bundesstaats gehen an den Kandidaten, der dort die Mehrheit erhält. Allerdings gibt es zwei Ausnahmefälle, die Bundesstaaten Nebraska und Maine, die ihre Stimmen überwiegend proportional auf beide Kandidaten verteilen. Wenn die Mitglieder des *Electoral College* am 17. Dezember 2012 in ihren jeweiligen Bundesstaaten zusammentreten, um den Präsidenten für eine zweite Amtszeit zu bestätigen, kann Barack Obama mit 332 Stimmen rechnen, Mitt Romney mit

206 Stimmen. Präsident Obama liegt damit klar über den 270 Stimmen, die er braucht, um wiedergewählt zu werden.

Das Votum für Präsident Obama fiel damit deutlicher aus als erwartet. Zwar vereinte dieser gut zwei Prozent der Gesamtstimmen weniger auf sich als 2008, jedoch war das Ergebnis auch nicht so knapp, dass Nachzählungen notwendig gewesen wären. Dazu hätte es einerseits bei einem sehr knappen Wahlergebnis kommen können. Manche Bundesstaaten schreiben in ihren Verfassungen vor, dass dann automatisch nachgezählt werden müsse. Hätten in Florida beispielsweise die Stimmanteile beider Kandidaten weniger als 0,5 Prozentpunkte auseinander gelegen, wäre es zu einer Nachzählung gekommen.²

Andererseits hätten aber auch die Änderungen an der Wahlgesetzgebung, die einzelne Bundesstaaten im Vorfeld der Wahlen unternommen hatten, Anlass geben können, bestimmte Wahlergebnisse rechtlich überprüfen zu lassen. Denn im Jahr 2011 führten etliche Bundesstaaten neue Regeln ein, welche den Zugang zu den Urnen für bestimmte Wählergruppen einschränken. Von diesen Gruppen stehen die meisten den Demokraten nahe, weshalb diese Ak-

1 <http://elections.huffingtonpost.com/2012/results> (Stand: 20. 11. 2012).

2 http://brennan.3cdn.net/662df694908e817726_6qm6i0dnf.pdf (Stand: 20. 11. 2012).

Grafik 1: das Wahlergebnis. Florida, hier noch nicht ausgezählt, wurde mit 50 Prozent der Stimmen von den Demokraten gewonnen.

tionen von der demokratischen Partei als Angriff der gegnerischen Partei gewertet wurden. Die Befürworter der Gesetzesänderungen begründen diese mit dem Kampf gegen Wahlbetrug, ein Phänomen, das Kritiker jedoch als äußerst selten einstufen.³ Viele Staaten verlangten dieses Jahr erstmalig, dass die Wählerinnen und Wähler am Wahltag einen Lichtbildausweis vorweisen. Diese aus deutscher Sicht selbstverständliche Forderung ist in den USA eine hohe Hürde, denn es gibt dort weder Bürgerämter noch Personalausweise. Stattdessen dienen vor allem Führerscheine zur Identifikation.

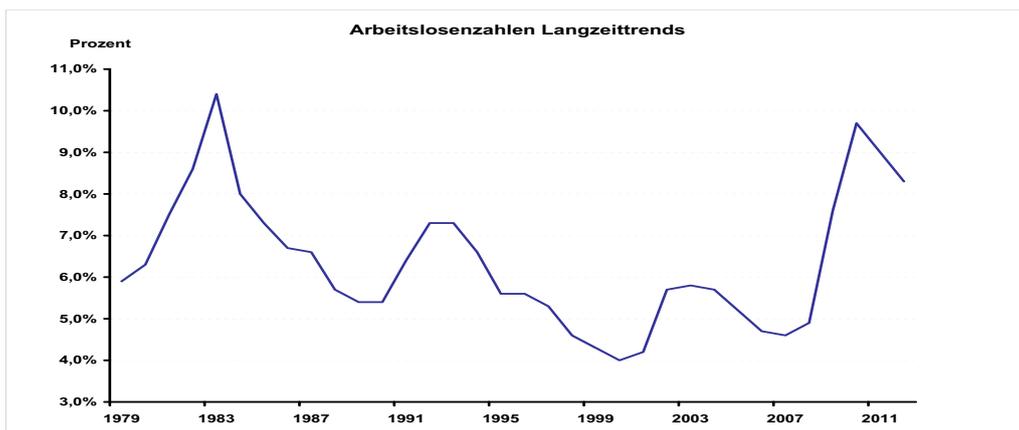
Die neuen Regelungen gingen vor allem auf Kosten der Afroamerikaner, denn ein Viertel von ihnen verfügt nicht über zureichende Ausweispapiere. Insgesamt elf Prozent der Amerikaner besitzen keinen Lichtbildausweis, der von einer staatlichen Behörde ausgestellt wurde. Studierende wurden durch die neuen Regelungen ebenfalls benach-

teiligt, da Studentenausweise nun in einigen Staaten nicht mehr bei der Wahl verwendet werden durften. Statt der Ausweispapiere verlangten einige Staaten auch die Vorlage einer Geburtsurkunde, was insbesondere für Frauen Probleme aufwarf, die nach einer Heirat unter ihrem Ehenamen als Wählerinnen registriert sind. Weitere neu geschaffene Hindernisse waren verkürzte Zeiträume zur Wählerregistrierung und zur Stimmabgabe.⁴

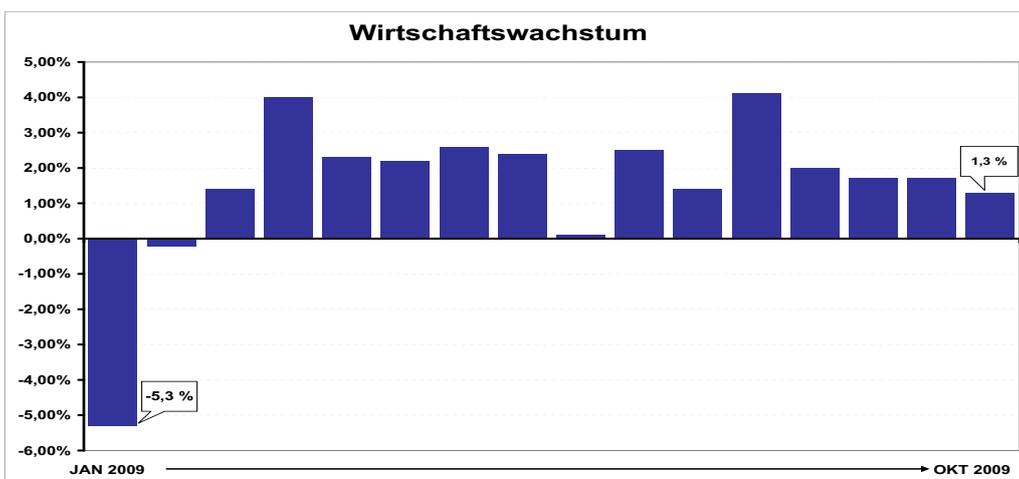
Jedoch konnten diese Maßnahmen die Wahlbeteiligung der betroffenen Gruppen nicht spürbar senken. Einigen Beobachtern zufolge führte der Versuch der Ausgrenzung tatsächlich dazu, dass viele der Betroffenen erst recht motiviert waren, ihre Stimme abzugeben. Das größte Problem bei der Stimmabgabe waren daher die langen Schlangen an einzelnen Wahllokalen. So mussten in Florida einige Wahllokale länger offenbleiben, weil manche Wählerinnen und Wähler stundenlang gewartet hatten und beim

3 <http://harvardmagazine.com/2012/07/voter-suppression-returns> (Stand: 20. 11. 2012).

4 Wendy R. Weiser/Lawrence D. Norden: Voting Law Changes in 2012, New York 2011, S. 1–3; Lawrence D. Norden: Excluded from Democracy: The Impact of Recent State Voting Changes. Statement before the United States House of Representatives, 14. 11. 2011, <www.brennancenter.org/content/resource/statement_for_congressional_forum_excluded_from_democracy/> (Stand: 20. 11. 2012).



Grafik 2: Arbeitslosenzahlen
Abbildung: Lindenthal/Landeszentrale



Grafik 3: Wirtschaftswachstum der Vereinigten Staaten
Abbildung: Lindenthal/Landeszentrale

Ende der eigentlichen Öffnungszeit immer noch nicht an der Reihe gewesen waren.⁵

Warum Barack Obama weiter im Weißen Haus bleiben kann

Präsident Obama profitierte vom Bonus des Amtsinhabers – einer Untersuchung des Yale-Professors David Mayhew aus dem Jahr 2008 zufolge wurden bis dato zwei Drittel aller Präsidenten, die sich um eine zweite Amtszeit beworben, wiedergewählt.⁶ Dennoch war die Wiederwahl von Präsident Barack Obama keine Selbstverständlichkeit. Denn die Ausgangslage für eine Wiederwahl war eigentlich schlecht. Die USA haben sich immer noch nicht nachhaltig von der Finanz- und Wirtschaftskrise erholt, die mit dem Zusammenbruch der amerikanischen Investmentbank Lehman Brothers im September 2008 ins Rollen kam. Als Präsident Obama im Januar 2009 erstmals ins Weiße Haus einzog, waren die Vereinigten Staaten in eine tiefe Rezession gerutscht; Monat für Monat gingen Hunderttausende von Arbeits-

plätzen verloren. Nun wächst die amerikanische Wirtschaft zwar wieder, und es werden auch neue Arbeitsplätze geschaffen. Dennoch liegt die Arbeitslosigkeit auf einem anhaltend hohen Niveau – in den Wochen vor den Wahlen bei knapp acht Prozent. Dies stellt ein Land, das jahrzehntelang Vollbeschäftigung gewöhnt war (siehe Grafik 2: Arbeitslosenzahlen, und Grafik 3: Wirtschaftswachstum der Vereinigten Staaten) und über kein umfassendes Sozialnetz verfügt, vor erhebliche Probleme. Die reguläre Arbeitslosenhilfe wird in den USA nur sechs Monate lang gezahlt, dann müssen die Betroffenen selbst wieder für ihr Einkommen sorgen. Während einer Wirtschaftskrise kann darüber hinaus noch länger Arbeitslosenhilfe aus einem Sonderprogramm gewährt werden. Das Sonderprogramm für die aktuelle Krise läuft jedoch Ende 2012 aus, sofern der Kongress es nicht vorher noch verlängert.⁷

Der Blick in die Vergangenheit verhielt nichts Gutes für Barack Obama, denn seit Präsident Franklin D. Roosevelt, der während der Weltwirtschaftskrise in den 1930er-Jahren regierte, war kein Präsident bei einer derart

5 <http://www.prwatch.org/news/2012/11/11851/voter-suppression-efforts-blunted-vigilant-advocates-and-high-turnout-wisconsin-a> (Stand: 20. 11. 2012).

6 David A. Mayhew: „Incumbency Advantage in U.S. Presidential Elections: The Historical Record“, Political Science Quarterly, Volume 123, Number 2, Summer 2008, S. 201–228.

7 <http://money.cnn.com/2012/11/09/news/economy/unemployment-benefits/index.html> (Stand: 20. 11. 2012).

hohen Arbeitslosenrate wiedergewählt worden.⁸ Wie stark das Thema die Wählerinnen und Wähler beschäftigte, zeigen die Umfragen aus dem Wahlkampf. Dort wurde regelmäßig die wirtschaftliche Lage der USA, vor allem die Lage am Arbeitsmarkt, als das wichtigste Problem genannt.⁹

Auch verschiedene Beobachter des Wahlkampfes bekräftigten, dass das Thema Wirtschaft wahlentscheidend sein würde. Aus dem Obama-Lager meldete sich beispielsweise der ehemalige Stabschef des Präsidenten (2009–2010), Rahm Emanuel, jetzt Bürgermeister von Chicago, zu Wort. Er sagte, „*I don't think Mitt Romney is the President's opponent. The economy is.*“ (‘Ich glaube nicht, dass Mitt Romney der Gegner des Präsidenten ist. Die Wirtschaft ist der Gegner‘). Im Romney-Lager meinte einer seiner führenden Wahlkampfstrategen: „*This is an election about the state of the U.S. economy. [...] We feel we're in a strong position to make this election a referendum on the economy and how President Obama has managed it.*“ (‘Dies ist eine Wahl über den Zustand der US-Wirtschaft. [...] Wir haben das Gefühl, dass wir in einer starken Position sind, um diese Wahl in ein Referendum über die Wirtschaft zu verwandeln und darüber, wie Präsident Obama sie gemanagt hat.‘). Und der Journalist Jon Decker, der regelmäßig aus dem Weißen Haus berichtet, erinnerte an die Präsidentschaftswahlen 1992. Damals hatte Bill Clinton mit dem Wahlkampflogan „*It's the economy, stupid*“ (‘Mensch, es ist die Wirtschaft!’) den Einzug ins Weiße Haus geschafft. Die Aussage dieses Slogans hätte auch jetzt wieder ihre Gültigkeit.

Umso erstaunlicher war es, dass der republikanische Präsidentschaftsbewerber Mitt Romney nicht stärker von den schlechten Wirtschaftsdaten und der großen Sorge der Bevölkerung profitierte. In den Umfragen lag Barack Obama monatelang vor seinem Herausforderer. Erst als der Präsident in der ersten von drei Fernsehdebatten sich unsicher und wenig kampfeslustig zeigte, gelang es Romney in den Umfragen zeitweise an Präsident Obama vorbeizuziehen. Für einen Wahlsieg langte dies nicht. Wieso hat Barack Obama also trotz seiner schlechten Ausgangslage die Wahlen gewonnen?

Das Wahlsystem

Zunächst spielte das Wahlsystem der USA eine große Rolle. Es ist so strukturiert, dass einzelne Bundesstaaten besonders wichtig sind, um eine Wahl zu gewinnen. Auf diese Staaten muss ein Präsidentschaftskandidat seine Wahlkampfaktivitäten konzentrieren, um zu gewinnen.

Die Präsidentschaftswahlen im Jahr 2000 führten der Weltöffentlichkeit dieses System sehr deutlich vor Augen. In diesem Jahr wurde George W. Bush zum Präsidenten der USA gewählt, obwohl der Kandidat der Demokraten, Vizepräsident Al Gore, gut 500.000 Stimmen mehr auf sich vereinen konnte. Bush konnte dennoch Präsident werden, denn ausschlaggebend waren die Stimmen im *Electoral College*. Dort konnte er 271 Stimmen erringen, genau eine Stimme mehr als die erforderlichen 270.¹⁰ Dieses Beispiel zeigt, dass es weniger entscheidend ist, wie viel Prozent der Gesamtstimmen ein Kandidat auf sich vereint als vielmehr, welche Bundesstaaten er gewinnen kann.

Die Differenz zwischen den Stimmen im *Electoral College* und dem Ergebnis der *popular vote*, also dem Gesamtergebnis nach der Auszählung aller landesweit abgegebenen Stimmen, lässt sich mit der Zusammensetzung des *Electoral College* erklären. Die Anzahl der Wahlmänner und -frauen ergibt sich für jeden Bundesstaat aus der Zahl seiner Abgeordneten im US-Kongress. Dort sind aufgrund der föderalistischen Natur der Vereinigten Staaten manche Bundesstaaten jedoch stärker vertreten als andere. Zwar berechnet sich die Zahl der Abgeordneten, die ein Bundesstaat im Repräsentantenhaus hat, aus der Bevölkerungsgröße des Staats. In den Senat entsendet jeder Bundesstaat jedoch jeweils zwei Personen, egal wie viele Menschen in dem Staat wohnen. Daher haben manche Bundesstaaten mehr Gewicht im Kongress – und damit im *Electoral College* – als andere. Während Kalifornien, der bevölkerungsreichste Staat der USA, ganze 55 Wahlmänner und -frauen stellt, entfallen auf das kleine Delaware an der Ostküste oder auch das bevölkerungsarme Montana an der kanadischen Grenze immerhin jeweils drei Stimmen. Würde man allein nach der Bevölkerungsgröße dieser kleinen Staaten gehen, müssten es weniger sein.

Die Bedeutung der *Swing States*

Da sich die meisten Staaten bei Präsidentschaftswahlen regelmäßig für ein- und dieselbe Partei entscheiden, konzentriert sich der Wahlkampf auf die wenigen Staaten, die mal der einen, mal der anderen Partei eine Mehrheit der Stimmen geben. Sie schwingen also hin und her zwischen den politischen Lagern und heißen daher *Swing States* oder auch *Battleground States* (‘Schlachtfeldstaaten‘), weil sich in ihnen der Wahlkampf nahezu ausnahmslos abspielt. So wird Kalifornien, das traditionell für demokratische Präsidentschaftsbewerber stimmt, von den Kandidaten nur zum

8 Nate Silver: On the Maddeningly Inexact Relationship Between Unemployment and Re-Election, New York Times v. 2. Juni 2011.

9 The Pew Research Center, ‚For Voters It's Still the Economy‘, 24. September 2012.

10 <http://uselectionatlas.org/RESULTS/index.html> (Stand: 20. 11. 2012).

Zwecke des *fundraising*, des Sammelns von Geldspenden für den Wahlkampf, besucht. Die Bewohner von *Swing States* wie Ohio oder Florida werden hingegen monatelang mit Wahlwerbespots, Plakaten, Auftritten der Kandidaten, E-mail-Nachrichten der Wahlkampagnen und Telefonanrufen der freiwilligen Helfer konfrontiert.

In den *Swing States* gehen die Wahlen meist so knapp aus, dass es tatsächlich auf jede einzelne Stimme ankommt – und weil hier die Wahlen entschieden werden, zählt hier jede Stimme auch ein bisschen mehr. Während in Kalifornien auch ohne eine breite Mobilisierung der Wählerschaft mit einem Votum für den Präsidentschaftskandidaten der demokratischen Partei zu rechnen ist, kämpfen die Wahlkampagnen in den *Swing States* um jede Stimme. Daher versuchen die Kampagnen nicht nur die Bürgerinnen und Bürger von der Attraktivität ihres Kandidaten zu überzeugen, sondern sorgen auch dafür, dass sie tatsächlich an die Urnen gehen. Anders als in Deutschland, wo die Bürgerämter Listen der Wahlberechtigten führen und diesen per Post eine Wahlberechtigung ins Haus schicken, müssen Amerikanerinnen und Amerikaner selbst aktiv werden, wenn sie an Wahlen teilnehmen möchten. Sie müssen sich im Vorfeld der Wahlen als Wähler registrieren. Hierbei bieten die Wahlkampagnen der Kandidaten ihre Hilfe an. Wählermobilisierung ist daher wichtiger Bestandteil amerikanischer Wahlkämpfe.

Bis auf einen Staat (North Carolina) konnte Barack Obama 2012 alle *Swing States* gewinnen, die er auch 2008 gewonnen hatte (Colorado, Florida, Iowa, Michigan, Nevada, New Hampshire, Ohio, Pennsylvania, Virginia und Wisconsin). Das klare Ergebnis von Präsident Obama in den *Swing States* verhalf ihm somit zu einem Wahlsieg, der beim bloßen Auszählen der Gesamtstimmen weit weniger deutlich ausgefallen wäre.

Die Wahlkampagne

Das Wahlkampfteam von Barack Obama stellte die Weichen für den Wahlsieg. Es war taktisch dem seines Herausforderers Mitt Romney deutlich überlegen. Das Team des Präsidenten konnte auf eine Infrastruktur zurückgreifen, die es bereits im Wahlkampf 2008 aufgebaut und erfolgreich eingesetzt hatte. Dazu gehörte ein besonders dichtes Netz an Büros in den Bundesstaaten (*field offices*), eine hohe Präsenz in den sozialen Medien wie Twitter und Facebook sowie eine Vielzahl freiwilliger Helferinnen und Helfer in den *Swing States*. Diese klopfen unermüdlich an Haustüren, riefen potentielle Wählerinnen und Wähler an und versuchten dabei in zahllosen Gesprächen, ihr Gegenüber von einem Votum für Barack Obama zu überzeugen.

Dabei wurde nur wenig dem Zufall überlassen – mithilfe riesiger Datensätze, teils aus der Marketingforschung, teils selbst erhoben – entschlüsselten die Wahlkampfhelfer des Präsidenten mit nie zuvor dagewesener Präzision die Wählerprofile. So war es ihnen möglich, Wahlwerbung zu machen, die genau auf ihr Gegenüber zugeschnitten war. Sie sprachen beispielsweise alleinstehende weiße Frauen mit Collegeabschluss ganz anders an als verheiratete Handwerker lateinamerikanischer Abstammung. Dieses ausgeklügelte *targeted campaigning* erlaubte es den Demokraten, ihre Wahlwerbung sehr gezielt zu platzieren.

Hinzukam noch ein zeitlicher Vorteil für die Obama-Kampagne. Das Obama-Team nahm bereits 2011 seine Arbeit auf, als der republikanische Gegenkandidat noch gar nicht feststand. Als die republikanische Partei sich schließlich auf Mitt Romney geeinigt hatte, investierte das Obama-Team sehr viel Geld in eine Reihe von Wahlwerbespots, mit denen es den republikanischen Herausforderer direkt attackierte. Mitt Romney wurde als geldgieriger, egoistischer Finanzmanager dargestellt, den das Wohl der amerikanischen Mittel- und Unterschicht nicht kümmere. Die Strategie des Romney-Teams hingegen war es, erst im Herbst aggressiv anzugreifen. Dies sollte sich als Fehler erweisen.

Wahlkampffinanzierung

Barack Obama konnte seine erfolgreiche Negativkampagne gegen Mitt Romney auch deshalb so früh beginnen, weil seine Strategie beim *fundraising*, dem Sammeln von Wahlkampfspenden, ihm dies erlaubte. So konnte er zu diesem Zeitpunkt im Wahlkampf die gesammelten Gelder flexibler einsetzen als Romney.

Amerikanische Wahlkämpfe werden größtenteils privat finanziert. Zwar stehen den Kandidaten auch öffentliche Gelder zur Verfügung, jedoch lehnten 2012 sowohl Barack Obama als auch Mitt Romney es ab, diese in Anspruch zu nehmen. Jeder Penny, der in ihre Kampagnen floss, musste also erarbeitet werden. Ohne *fundraising* hätte es keinen Wahlkampf gegeben.

Der Präsidentschaftswahlkampf 2012 war (mal wieder) der teuerste der Geschichte der Vereinigten Staaten mit insgesamt über zwei Milliarden Dollar an Spendengeldern. Jedoch zählte nicht allein die Höhe der gesammelten Gelder, sondern auch, ob sie direkt an die Wahlkampagne, an die Partei oder in ein Super-PAC (*Political Action Committee*) flossen. Super-PACs sind Organisationen, die infolge einer umstrittenen Entscheidung des Obersten Gerichtshofs der USA im Januar 2010 entstanden sind. Das Besondere (und Umstrittene) an ihnen ist, dass sie Wahlkampfspenden in unbegrenzter Höhe sammeln dürfen. Sie

erhöhten dadurch zwar das Geldvolumen, das in den Wahlkampf floss, erwiesen sich aber als nicht so einflussreich wie von Kritikern befürchtet.

So konnte Mitt Romney seinen deutlichen Vorsprung beim *fundraising* durch die Super-PACs nicht in einen Stimmenvorteil umwandeln. Denn die Super-PACs haben einige Nachteile – sie dürfen qua Gesetz die Verwendung der gesammelten Spenden nicht mit der Wahlkampagne des unterstützten Kandidaten koordinieren. Zudem müssen sie höhere Gebühren für die Ausstrahlung von Wahlwerbespots zahlen.

Der Präsident profitierte hingegen von seinem Vorsprung beim traditionellen *fundraising* durch die eigene Wahlkampagne. Denn dieses Geld unterlag nicht den Einschränkungen der Super-PACs und konnte flexibler und effektiver eingesetzt werden.

Diesen Vorteil des Präsidenten konnte Romney auch nicht dadurch wettmachen, dass er bei den Wahlkampfspenden an die Partei (statt direkt an seine Wahlkampagne) vorne lag. Denn diese Mittel durften erst nach Romneys offizieller Nominierung als Kandidat Ende August eingesetzt werden. Zu diesem Zeitpunkt hatte die Obama-Kampagne bereits erfolgreich in die negativen Fernsehspots investiert, welche den Republikaner als abgehobenen Multimillionär darstellten.

Die entscheidenden Themen

Eigentlich hätte Mitt Romney mit seiner Erfahrung und seinen Erfolgen als Geschäftsmann gute Chancen in Zeiten der hohen Arbeitslosigkeit und des schwachen Wirtschaftswachstums haben müssen. Er versuchte auch tatsächlich, sich im Wahlkampf, unter Verweis auf seine Karriere in der Geschäftswelt, als der richtige Mann zu präsentieren, um die USA aus ihrer Wirtschaftskrise zu befreien. Die negative Kampagne des Obama-Teams bremste jedoch diese Bemühungen.

Zudem half Obama der positive Trend am Arbeitsmarkt – kurz vor den Wahlen war die Arbeitslosenrate im historischen Vergleich zwar hoch, aber dennoch so niedrig wie noch nie während seiner Amtszeit (siehe Grafik 4: Wahlbeteiligung). Für die demokratische Wählerschaft waren darüber hinaus Bildung und Gesundheit besondere Anliegen, für die republikanische Wählerschaft das öffentliche Haushaltsdefizit und der Terrorismus.

Außenpolitik spielte in diesem Wahlkampf eine deutlich geringere Rolle als noch vor vier Jahren. Das The-

Protest einer Romney-Gegnerin, 20. September 2012. Auf einem heimlich aufgenommenen Video hatte Romney gesagt, 47 Prozent der amerikanischen Gesellschaft seien vom Staat abhängig und würden von ihm abgeschrieben werden.

Abbildung: picture alliance /Fotograf: Patrick Farrell

ma hat seit 2008 an Bedeutung verloren. Die laufenden Kriege werden zurzeit kaum kontrovers diskutiert. Zudem betrieb Präsident Obama eine Außenpolitik, die von der kurzzeitigen Aufstockung der Truppen in Afghanistan bis hin zum Einsatz von Drohnen in der Terrorismusbekämpfung bei den Republikanern für wenig Widerspruch sorgt. In diesem Politikfeld zeigten beide Präsidentschaftskandidaten erstaunlich große Schnittmengen. Wird traditionell der republikanischen Partei eine größere Kompetenz in auswärtigen Angelegenheiten zugesprochen, führte diesmal Präsident Obama hier in den Umfragen.¹¹

Das neue Gewicht ethnischer Minderheiten

Die Präsidentschaftswahlen 2012 haben verdeutlicht, dass die USA einen rapiden demografischen Wandel durchlau-

11 <http://www.people-press.org/2012/09/19/obama-ahead-with-stronger-support-beter-image-and-lead-on-most-issues/> und http://www.washingtonpost.com/page/2010-2019/WashingtonPost/2012/09/11/National-Politics/Polling/release_126.xml (Stand: 20. 11. 2012).

Grafik 4: Wahlbeteiligung der US-amerikanischen Latinos Abbildung: Lindenthal/Landeszentrale

fen, den zu ignorieren zu empfindlichen Stimmverlusten führen kann. Durch die Zuwanderung insbesondere aus Lateinamerika und Asien verändert sich die Zusammensetzung der amerikanischen Gesellschaft. Mit rund 28 Prozent erreichte der Anteil ethnischer Minderheiten an der Wählerschaft dieses Jahr ein neues Hoch.¹² Sie bilden mittlerweile den geschlossensten Wählerblock der Demokraten. Mit über 70 Prozent bei *Latinos* und *Asian Americans* konnte der Präsident seine Stimmanteile in dieser Gruppe deutlich verbessern.¹³ Die Zustimmung unter den afroamerikanischen Wählern nahm etwas ab, sie stimmten aber trotzdem zu über 90 Prozent für Präsident Obama. Ohne diese Gruppen sind landesweite Wahlen nicht mehr zu gewinnen. Die weißen Amerikaner entschieden sich hingegen noch geschlossener als vor vier Jahren für den republikanischen Präsidentschaftskandidaten (mit knapp 60 Prozent). Für einen Wahlsieg reichte dies nicht.

Latinos sind nicht nur zu einem wichtigen Wählerblock geworden, weil ihr Anteil an der Wählerschaft gewachsen ist, sondern auch, weil sie überdurchschnittlich stark in den *Swing States* präsent sind, auf die sich der Präsidentschaftswahlkampf größtenteils konzentriert. Der Bundesstaat Colorado in den Rocky Mountains, einst eine Bastion der Republikaner, wurde beispielsweise durch seine rasch wachsende *Latino*-Bevölkerung bereits 2008 zu ei-

nem „blauen“, einem demokratischen Staat. 2012 entschied sich Colorado erneut für Barack Obama.¹⁴

Gesellschaftlicher Wandel als Wahlkampf helfer

Barack Obama konnte auch die Mehrheit der weiblichen und der jungen Wähler (unter 45 Jahren) klar gewinnen. Die progressive Agenda der Demokraten kommt in einer Gesellschaft, die weniger wertekonservativ geworden ist, deutlich besser an als die der Republikaner. Mehr als die Hälfte der US-Amerikanerinnen und -Amerikaner unterstützt mittlerweile gleichgeschlechtliche Ehen, die Häufigkeit der Kirchenbesuche nimmt ab, und insbesondere Frauen befürworten zunehmend das Recht auf Abtreibung.

Während die US-amerikanische Gesellschaft in die politische Mitte rückt, hat sich die republikanische Partei immer mehr von ihr entfernt, zuletzt insbesondere vorangetrieben durch die „*Tea Party*“. Dies stellt bei Wahlen ein erhebliches Problem dar. Denn um sich im Vorwahlkampf durchzusetzen, muss ein Kandidat bzw. eine Kandidatin den rechten Rand der Partei bedienen. Passionierte Parteipolitiker mit einem Hang zu extremen Positionen dominieren den Vorwahlprozess. Durch den Einfluss der *Tea Party* werden so jedoch häufig Kandidaten nominiert, die

12 <http://www.people-press.org/2012/11/07/changing-face-of-america-helps-assure-obama-victory/> (Stand: 20. 11. 2012).

13 <http://elections.nytimes.com/2012/results/president/exit-polls> (Stand: 20. 11. 2012).

14 <http://www.270towin.com/states/Colorado> (Stand: 20. 11. 2012).

Attacken der radikalen „Tea-Party“-Bewegung gegen Präsident Obama, 2. November 2010

Abbildung: picture alliance 21193738/Fotograf: Michael Reynolds

für eine breite Wählerschaft nicht attraktiv sind. So wurde beispielsweise der äußerst angesehene Außenpolitiker Richard Lugar, der seit 35 Jahren den Bundesstaat Indiana im Senat vertrat, in den Vorwahlen von einem *Tea-Party*-Herausforderer geschlagen. Im eigentlichen Wahlkampf gegen den Kandidaten der demokratischen Partei konnte sich Richard Mourdock dann jedoch nicht durchsetzen.

Auch Mitt Romney wandelte sich von einem moderaten Republikaner, der als Gouverneur von Massachusetts (2003–2007) eine Krankenversicherungspflicht in seinem Bundesstaat einführte, im Vorwahlkampf zu einem Politiker, der das rechte Spektrum seiner Partei umgarnte. Er forderte im Vorwahlkampf beispielsweise, die Lebensbedingungen für undokumentierte Einwanderer so unfreundlich zu gestalten, dass diese von alleine das Land verlassen würden und wandelte sich von einem Abtreibungsbefürworter zu einem Gegner desselben. Sein Schwenk zurück zur politischen Mitte in der Zielgeraden des Wahlkampfes gegen Obama reichte nicht aus, um die Wahlen zu gewinnen.

15 <http://www.gallup.com/poll/156857/obama-wins-likability-romney-economy.aspx>; <http://abcnews.go.com/blogs/politics/2012/10/mitt-romney-seen-more-as-babysitter-than-dancer-or-dinner-guest/> (Stand: 20. 11. 2012).

16 <http://www.gallup.com/poll/124922/Presidential-Approval-Center.aspx> (Stand: 20. 11. 2012).

17 <http://www.gallup.com/poll/154952/michelle-obama-remains-popular.aspx> (Stand: 20. 11. 2012).

Der Sympathievorteil des Präsidenten

Schließlich konnte Präsident Obama auch dadurch punkten, dass ihn die Wählerinnen und Wähler einfach sympathischer fanden. Dies zeigten Umfragen während des Wahlkampfes immer wieder deutlich. Beispielsweise bei der Frage, welchen der zwei Kandidaten man gerne zum Abendessen zu sich nach Hause einladen würde, war der Präsident seinem Herausforderer klar überlegen.¹⁵ Die Zustimmungsrate für den Präsidenten lag auch trotz der schlechten wirtschaftlichen Lage im Jahr 2012 stets um die 50 Prozent und kletterte im Oktober sogar auf 53 Prozent. Auch Bill Clinton, der immer noch in den USA sehr beliebte ehemalige demokratische Präsident (1992–2000), erzielte in seiner ersten Amtszeit nur einen Durchschnittswert von 49,6 Prozent.¹⁶ Die First Lady der USA, Michelle Obama, erfreut sich übrigens sogar noch größerer Beliebtheit als ihr Mann – zwei Drittel der Amerikanerinnen und Amerikaner haben Umfragen zufolge ein positives Bild von ihr.¹⁷

Obamas Agenda für die zweite Amtszeit

Die Wählerinnen und Wähler haben Präsident Obama ein, wenn auch knappes, Mandat gegeben, seine Politik fortzusetzen. Jedoch steht er in seiner zweiten Amtszeit vor großen Herausforderungen.

Wirtschaftspolitik

Den dringlichsten und größten Herausforderungen steht Präsident Obama in der Wirtschaftspolitik gegenüber. Die USA hat sich immer noch nicht richtig von der jüngsten Wirtschaftskrise erholt, der schwersten seit der Weltwirtschaftskrise der 1930er-Jahre. Zwar zeigt der Trend beim Wirtschaftswachstum in eine positive Richtung. Im zweiten Quartal des Jahres 2012 wuchs das Bruttoinlandsprodukt um 1,3 Prozent, im dritten Quartal um zwei Prozent.¹⁸ Im Jahr 2012 soll das Wachstum dann nach Berechnungen des Internationalen Währungsfonds auf etwa 2,2 Prozent klettern.¹⁹

Jedoch hält die Schaffung von Arbeitsplätzen nicht mit dem Wirtschaftswachstum Schritt. Zwar vermeldet das US-Arbeitsministerium (*U.S. Department of Labor*) Monat für Monat die Schaffung von Hunderttausenden neuer Arbeitsplätze, jedoch wird es beim jetzigen Tempo noch Jahre dauern, bis die Situation am Arbeitsmarkt das Vorkrisenniveau wieder erreicht hat. Erschwert wird die Lage auch dadurch, dass mit 40 Prozent ein hoher Anteil der Arbeitslosen bereits seit mehr als sechs Monaten nach Arbeit sucht.²⁰

Die dringlichste Herausforderung für den Präsidenten ist derzeit jedoch das *fiscal cliff*, die fiskalpolitische Klippe. Einerseits werden am 1. Januar 2013 automatische Haushaltskürzungen in Kraft treten. Eigentlich hatte ein parteiübergreifendes *Supercommittee* sich im Herbst 2011 auf Kürzungsvorschläge zur Eindämmung des Haushaltsdefizits einigen sollen. Es scheiterte, weil sich die Demokraten weigerten, Kürzungen bei den Sozialausgaben zuzustimmen, und die Republikaner sich gegen höhere Steuern für Wohlhabende sperrten. Aufgrund der fehlenden Kompromissbereitschaft kam es damit zum *sequester*, den automatischen Haushaltskürzungen. Der Präsident und die Abgeordneten haben nun noch wenige Wochen bis zum Be-

ginn der Weihnachtspause, den *sequester* abzuwenden. Sollte ihnen dies nicht gelingen, träten Kürzungen in Höhe von 1,2 Billionen Dollar in Kraft, verteilt über einen Zeitraum von zehn Jahren.

Andererseits laufen Ende 2012 auch verschiedene Steuervergünstigungen für wohlhabende Amerikanerinnen und Amerikaner aus, die unter der George-W.-Bush-Administration beschlossen worden waren. Zusammen mit dem *sequester* könnten die Steuererhöhungen das Wirtschaftswachstum empfindlich bremsen und die USA sogar zurück in die Rezession führen. Für den Arbeitsmarkt hätte dies fatale Folgen.

Der Kongress muss also eine Lösung finden, welche die negativen Folgen für die US-Wirtschaft abfedert. Ohne ein Abrücken von den dogmatischen Positionen der Steuererhöhungen-um-keinen-Preis auf der Seite der republikanischen Partei und der Kürzungen-bei-Sozialprogrammen-um-keinen-Preis auf der Seite der demokratischen Partei wird es nicht gehen. Die Kompromissbereitschaft sollte jedoch angesichts des äußerst hohen Haushaltsdefizits der USA steigen. Im Haushaltsjahr 2012, das Ende September zu Ende ging, lag das Defizit bei 8,5 Prozent, die Verschuldung bei knapp 105 Prozent des BIP.²¹

Doch nicht nur aufgrund dieser hohen Werte ist eine Senkung der Staatsschulden dringend angebracht. In den USA gibt es eine festgeschriebene Schuldenobergrenze (*debt ceiling*), die nicht überschritten werden darf. Möchte die US-Regierung mehr Schulden aufnehmen, muss diese Schuldenobergrenze zunächst angehoben werden. Auch hier muss der Kongress dringend handeln – wird die Schuldenobergrenze nicht bis Ende des Jahres angehoben, wären die USA Anfang 2013 zahlungsunfähig.

Die drohende Zahlungsunfähigkeit wegen des Erreichens des *debt ceiling* führte übrigens im Sommer 2011 zum Beschluss der automatischen Haushaltskürzungen. Da der Kongress sich nicht einigen konnte, wie das Haushaltsdefizit zu verringern sei, setzte er das *super committee* ein, was sich wiederum auch nicht einigen konnte. Daher droht nun das Einsetzen des *sequester* – das Problem Haushaltsdefizit wurde also nur vertagt. Aufgrund dieser Erfahrung dürfte nun die Kompromissbereitschaft der Abgeordneten steigen, tatsächlich zu einer Lösung zu kommen.²²

18 Vgl. Bureau of Labor Statistics, Interactiv Data, Table 1.1.1. Percent Change From Preceding Period in Real Gross Domestic Product, www.bea.gov/iTable/iTable.cfm?ReqID=9&step=1 (Stand: 3. 11. 2012).

19 Vgl. IMF, World Economic Database, via: <http://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2012/02/weodata/index.aspx> (Stand: 3. 11. 2012).

20 Vgl. Bureau of Labor Statistics, Employment Situation Summary, 2.11.2012, <http://www.bls.gov/news.release/empisit.nr0.htm> (Stand: 3. 11. 2012).

21 <http://www.whitehouse.gov/omb/budget/Historicals>. Table 1.2, Table 7.1 (Stand: 20. 11. 2012).

22 Für eine ausführliche Diskussion der möglichen Folgen der „fiskalpolitischen Klippe“ siehe Thomas Henneberg, Stormy-Annika Mildner: Washingtons Gratwanderung am finanziellen Abgrund. Finanzpolitische Entscheidungen stellen die Problemlösungsfähigkeit der USA auf die Probe, SWP-Aktuell 2012/A 56, Berlin, Oktober 2012.

Einwanderungspolitik

In den USA leben Schätzungen zufolge etwa elf bis zwölf Millionen Einwanderinnen und Einwanderer, die sich ohne Aufenthaltsgenehmigung im Land aufhalten. Diese sind jedoch in bestimmten Wirtschaftssektoren nicht mehr wegzudenken, insbesondere im Baugewerbe und in der Landwirtschaft. Zudem sind unter ihnen viele Kinder und Jugendliche, die mit ihren Eltern ins Land gekommen sind, dort aber mittlerweile die Schule oder auch das College durchlaufen haben; manche dienen sogar im Militär. Präsident Obama hatte bereits für seine erste Amtszeit versprochen, den Einwanderinnen und Einwanderern ohne Papiere einen Weg zur Einbürgerung zu eröffnen sowie durch ein Gastarbeiterprogramm die weitere Einwanderung in die USA besser zu regulieren.

Eine solche Reform wird schon länger diskutiert und auch von Teilen der republikanischen Partei immer wieder gefordert. So setzte sich Präsident George W. Bush in seiner Amtszeit dafür ein und erhielt im Senat damals Schützenhilfe von Senator John McCain aus Arizona, dem republikanischen Präsidentschaftskandidaten des Jahres 2008.

Angesichts des schwachen Abschneidens der Partei unter den *Latinos* bei den diesjährigen Wahlen könnte eine Reform der Einwanderungspolitik in der republikanischen Partei daher durchaus Unterstützung erfahren. Denn der Wählergruppe der *Latinos* ist eine Reform sehr wichtig. Schafft es die Partei, ihr einwanderungsfeindliches Image abzulegen, könnte sie bei den nächsten Wahlen unter *Latinos* deutlich zulegen.

Außen- und Sicherheitspolitik

Die größte außenpolitische Herausforderung für Präsident Obama werden in seiner zweiten Amtszeit der Iran und dessen nukleare Ambitionen sein. Sollten Sanktionen und Diplomatie nicht greifen, wird Präsident Obama entscheiden müssen, ob die USA militärische Gewalt einsetzen werden.

Die Region Nordafrikas und des Nahen Ostens bleibt generell instabil und wird verstärkt die Aufmerksamkeit des Präsidenten beanspruchen. Die Transformation in den Ländern des Arabischen Frühlings stellt die USA vor die Herausforderung, ihre politischen Beziehungen in die Region anzupassen. Die jüngste Eskalation der Gewalt zwischen der Hamas und Israel hat gezeigt, dass eine weitere Destabilisierung jederzeit auftreten kann.

Die Chancen für eine erfolgreiche Vermittlung im Nahostkonflikt durch die USA stehen allerdings schlecht, solange sich die politischen Machtverhältnisse in Israel nicht

verändern. Barack Obama wird zudem versuchen, eine diplomatische Hauruck-Aktion zu vermeiden, mit der schon Bill Clinton am Ende seiner zweiten Amtszeit gescheitert war. Denn um ein außenpolitisches Vermächtnis zu hinterlassen, bietet sich ein Projekt mit einem hohen Risiko des Scheiterns nicht an.

In seiner ersten Amtszeit trieb Präsident Obama konsequent die Beendigung der zwei großen Kriege der Bush-Ära voran – aus dem Irak sind die US-Truppen bereits abgezogen, der Abzug aus Afghanistan ist für 2014 geplant. Der genaue Verlauf des Abzugs und die künftige Zusammenarbeit zwischen Washington und Kabul sind allerdings noch unklar.

Terrorismusbekämpfung stand auch in Obamas erster Amtszeit im Zentrum der amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik. Anders als George W. Bush setzte Obama jedoch nicht auf groß angelegte Militärinterventionen, sondern bekämpfte den Terrorismus mit gezielten Tötungen (durch oder auch ohne Einsatz von Drohnen) – und schreckte nicht davor zurück, sich dabei über internationales Recht hinwegzusetzen.²³ Dieser Trend dürfte sich fortsetzen.

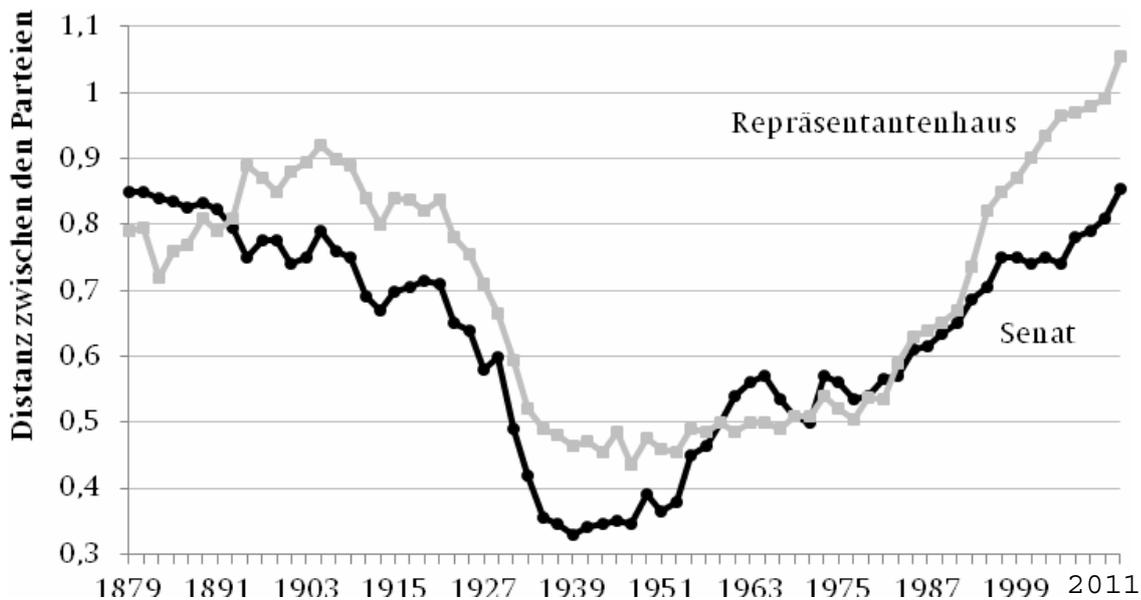
Die innenpolitische Diskussion um Kürzungen im öffentlichen Haushalt der USA wird auch weiterhin den Militärhaushalt nicht aussparen. Präsident Obama unterstützt die Einsparungen beim Militär. Die militärische Vormachtstellung der USA in der Welt wird allerdings von den Kürzungen unberührt bleiben.

Schwieriger Partner Kongress

Nicht nur in den genannten Politikfeldern, sondern beispielsweise auch im Bereich Energie, Bildung, Gesundheit und Außenwirtschaft besteht dringender Handlungsbedarf. Präsident Obama hat also eine volle Agenda, jedoch wird er sie ohne den Kongress nicht bearbeiten können. Der Kongress erwies sich jedoch bereits in Präsident Obamas erster Amtszeit als schwieriger Partner und blockierte zahlreiche Gesetzesvorhaben, die der Präsident unterstützte.

Der politische Prozess in den USA ist als System der *checks and balances* konzipiert und deshalb besonders auf die Kompromissbereitschaft der Akteure angewiesen. Dies gilt für die Zusammenarbeit sowohl zwischen dem Parlament und dem Präsidenten (samt seiner Administration) als auch der Abgeordneten im Parlament. So kennt das präsidentielle System der USA keine Fraktionsdisziplin, wie sie in den parlamentarischen Systemen vieler europäischer Staaten üblich ist. Da sie ihr Mandat ausgesprochen individualistisch interpretieren, handeln die Mitglieder des US-Kongresses traditionell eher als politische Unternehmer

23 Studie Schalle/Rdf: http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2012_S01_rdf_slr.pdf (Stand: 20. 11. 2012).



Grafik 5: Polarisierung der politischen Lager im US-Kongress Quelle: <http://voteview.com/polarizedamerica.asp#politicalpolarisation> [Stand: 25. 8. 2011]. Die auf der Webseite vorgestellten Untersuchungen basieren auf der Auswertung des Abstimmungsverhaltens und aktualisieren die Ergebnisse von Nolan Mc Carty/Keith T. Poole/Howard Rosenthal: *Polarized America. The Dance of Ideologie and unequal Riches*, Cambridge/London 2006.

denn als verlängerter Arm der Partei. Die Parteizugehörigkeit ist nicht formalisiert, und auch die Parteigruppen im Kongress sind vom Organisationsgrad her nicht mit Fraktionen gleichzusetzen. Daher muss der Parteigruppenführer bei jeder Abstimmung aufs Neue eine Mehrheit der Abgeordneten einwerben – Stimme für Stimme.

Dieses fein austarierte System der *checks and balances* ist jedoch gegenwärtig empfindlich gestört. Schuld daran ist die hohe Polarisierung des Kongresses, die wachsende ideologische Distanz zwischen der republikanischen und der demokratischen Partei. Die Polarisierung ist in den letzten Jahrzehnten stetig gewachsen und erreicht einer Analyse zufolge heute ein Niveau, das nur mit dem der Phase nach Ende des amerikanischen Bürgerkriegs im späten 19. Jahrhundert zu vergleichen ist (siehe Grafik 5: Polarisierung).

Die Polarisierung bewirkt immer häufiger eine Blockbildung bei Abstimmungen, die leicht in eine Blockade übergehen kann. Dann werden Gesetzesvorschläge der anderen Partei aus rein ideologischen Gründen abgelehnt.

Wenn das Weiße Haus und beide Kammern des Kongress von derselben Partei geführt werden (*unified government*), ist Regieren dennoch weiterhin möglich, denn

die Opposition wird dann einfach ignoriert. Anders liegt der Fall in der aktuellen und von der amerikanischen Verfassung eigentlich favorisierten Konstellation eines *divided government*. Dann verfügt die Partei des Präsidenten in einer oder zwei Kammern des Parlaments nicht über eine Mehrheit. In dieser Konstellation lähmt die Polarisierung den politischen Prozess; der ideologische Triumph zählt mehr als der Auftrag zum Regieren.²⁴

Als Präsident Obama in den ersten zwei Jahren nach seinem Amtsantritt im Rahmen eines *unified government* regierte, konnte er mehrere große Reformen auf den Weg bringen. Gemeinsam realisierten der Präsident und der Kongress das Jahrhundertprojekt, eine Krankenversicherungspflicht in den USA einzuführen. Weitere Erfolge waren eine Reform des Finanzmarkts, mit der durch stärkere Regulation künftige Finanzkrisen verhindert werden sollen; ein Konjunkturpaket, mit dem die Rezession gebremst wurde; die Rettung der US-Autoindustrie, die durch die Wirtschaftskrise ins Straucheln geraten war; sowie die Abschaffung von „*Don't Ask, Don't Tell*“, der Diskriminierung homosexueller Angehöriger des US-Militärs.

Diese Phase der Produktivität kam jedoch mit den Kongresswahlen 2010 zu einem abrupten Ende. Die republikanische Partei erlangte eine Mehrheit im Repräsentan-

24 Für eine genaue Analyse der aktuellen Blockaden im Kongress und ihrer Ursachen siehe Henriette Rytz (2012): Die politische Handlungsfähigkeit: Blockaden in Washington“ in: Stormy-Annika Mildner, Henriette Rytz, Johannes Thimm: *State of the Union. Innenpolitische und binnenwirtschaftliche Herausforderungen für die Führungsrolle der USA in der Welt*, SWP-Studien 2012/S 16, Berlin, Juli 2012, S. 50–70.

ma muss weiterhin mit einem sogenannten *divided government* arbeiten. Im Repräsentantenhaus verfügt die Partei des Präsidenten auch im neuen Kongress über keine Mehrheit, und im Senat fehlt den Demokraten die Mehrheit von 60 Stimmen, um das *filibuster* zu durchbrechen. [siehe Grafik 6].

Allerdings scheint sich der Rechtsruck der republikanischen Partei nicht fortzusetzen. Die Partei hat gemerkt, dass die radikalkonservative *Tea-Party*-Bewegung ihr schadet. Somit könnte die Parteiführung der Republikaner im Kongress stärker Druck auf die Abgeordneten ausüben, zurück zur politischen Mitte zu finden. Zudem dürfte der Parteiführung daran gelegen sein, ihre Attraktivität beim wachsenden Wählerblock der ethnischen Minderheiten zu verbessern. Dies könnte ihre Kompromissbereitschaft beispielsweise beim Thema Einwanderungspolitik erhöhen.

Mit anhaltendem Reformstau wird auch der öffentliche Druck auf den Kongress steigen, die Blockaden zu durchbrechen. Die Zustimmungsraten bei der Bevölkerung für den aktuellen Kongress kam 2012 nie über zwanzig Prozent hinaus und lag damit so niedrig wie nie zuvor. Zudem hat kein Kongress seit 1947 so wenige Gesetze verabschiedet wie der aktuelle.²⁵ In der Folge wurden dieses Jahr zahlreiche Amtsinhaber abgewählt – etwa ein Drittel der Abgeordneten des neuen Kongress sind nun weniger als drei Jahre im Amt.

Fazit

Präsident Obama wurde mit einer knappen Mehrheit der Gesamtstimmen im Amt bestätigt. Dass das Wahlergebnis dennoch so deutlich ausfiel, dass das Team Romney darauf verzichtete, es juristisch anfechten zu lassen, und auch Regelungen zur automatischen Nachzählung der Stimmen nicht griffen, hat mit der Besonderheit des *Electoral College* zu tun. In diesem Gremium, das am 17. Dezember den Präsidenten offiziell wählen wird, sind kleine Bundesstaaten stärker vertreten als große, um einen föderalistischen Ausgleich zu schaffen. Damit zählt eine Stimme, die in einem kleinen Bundesstaat abgegeben wurde, mehr als eine Stimme, die in einem bevölkerungsreichen Bundesstaat abgegeben wurde.

Aber auch andere Ungleichgewichte gibt es bei der Stimmenverteilung im *Electoral College*. Denn die *Swing States*, die während des Wahlkampfes keine klare Präferenz für einen Kandidaten zeigen, entscheiden letztendlich den Wahlausgang. Während in Staaten, in denen Umfragen große Gewissheit darüber zulassen, wer das Rennen gewinnen wird, nur selten Schauplatz des Wahlkampfes werden, sind

Grafik 6: Sitzverteilungen im amerikanischen Kongress Quelle: dpa-Infografik

tenhaus, und die Mehrheit der demokratischen Partei im Senat sank unter die Mehrheit von sechzig Stimmen, die erforderlich ist, um Blockaden zu durchbrechen. Denn der Gebrauch des sogenannten *filibuster*, des Dauerredens beziehungsweise der Androhung desselben, nimmt mit steigender Polarisierung immer mehr zu. Mittlerweile ist ein Großteil der im Senat diskutierten Gesetze davon betroffen. Das *filibuster* kann nur durchbrochen werden, wenn 60 (von 100) Senatorinnen und Senatoren sich dafür aussprechen. Aufgrund der schwierigen Mehrheitsverhältnisse im Kongress konnte Präsident Obama also in den letzten zwei Jahren kaum Reformen auf den Weg bringen.

Auch der Ausgang der diesjährigen Kongresswahlen lässt nichts Gutes für die Zusammenarbeit zwischen Präsident und Kongress vermuten, blieben doch die Mehrheitsverhältnisse größtenteils unverändert. Präsident Oba-

25 <http://www.washingtonpost.com/blogs/wonkblog/files/2012/07/public-law-congress.jpg> [Stand: 25. 11. 2012].

Präsident Obama tritt als väterlicher Tröster bei den Opfern des Hurrikans Sandy auf, New Jersey, 2. November 2012.

Foto: picture alliance/Fotograf: Pete Souza

die Bewohnerinnen und Bewohner der *Swing States* einer wahren Flut von Wahlwerbung ausgesetzt. Auch dieses Jahr entschieden tatsächlich die *Swing States* über Barack Obamas Verbleib im Weißen Haus. Die Stimmverteilung im *Electoral College* gleicht 2012 der Stimmverteilung im Jahr 2008 – lediglich zwei Staaten haben sich diesmal gegen Obama entschieden, Indiana und North Carolina. Allerdings wurde Indiana nicht als *Swing State* eingestuft, zeichnete sich doch in Umfragen früh ab, dass Romney diesen Staat gewinnen würde.

Auch bei den Kongresswahlen entschieden sich die Wählerinnen und Wähler für den Status Quo. Im Repräsentantenhaus hält die republikanische Partei ihre Mehrheit, im Senat hat die demokratische Partei weiterhin die Führung inne. Dies heißt aber auch, dass es Präsident Obama wie bereits in den vergangenen zwei Jahren schwer haben wird,

seine Agenda zu verwirklichen. Denn der Kongress ist stark polarisiert, die Parteien nur schwer zur Zusammenarbeit zu motivieren. Doch der enorme Handlungsdruck könnte sie an den Verhandlungstisch bringen und den Reformstau auflösen. Denn die Probleme sind groß und ihre Lösung drängt – insbesondere die „fiskalpolitische Klippe“, die drohenden automatischen Haushaltskürzungen, gepaart mit neuen Steuererhöhungen, könnten den Kongress dazu bringen, sich wieder auf das Problemlösen statt auf ideologische Grabenkämpfe zu konzentrieren.

Spätestens im Jahr 2014 wird sich zeigen, ob die Bürgerinnen und Bürger zufrieden sind mit der Arbeit des Kongresses. Denn dann stehen die nächsten Kongresswahlen an. Sollten die Abgeordneten die nötigen Reformen bis dahin nicht anschieben, könnten die Wählerinnen und Wähler viele politische Karrieren rasch beenden. ■